

The American Way of War

von Markus Abt

Schon Winston Churchill mußte die Erfahrung machen, daß das eigene Sozialprestige schwer leidet, wenn man in postheroischen Gesellschaften für einen Militärschlag plädiert: Denn in solchen moralisch aufgeladenen Sozialsystemen sind es Bekundungen des guten Willens und der guten Absicht, nach denen die „Guten“ von den „Bösen“ getrennt werden, nicht die Faktenlage oder ungemütliche Bedrohungsszenarien. Und so bekam Churchill die Etiketten „Kriegstreiber“ und „Deutschenfeind“ angehängt, gerade weil er in den dreißiger Jahren zu den wenigen gehörte, die vor den Aggressionsabsichten Hitlers warnten.

Erstaunlicherweise scheint das sonst so ausgeprägte Vergangenheitsbewußtsein mit Blick auf den Irak, also im Falle einer neuerlichen Entscheidung zwischen „Gut“ und „Böse“, keine historische Parallele zu kennen. Denn der gemeinsame Nenner aller linken und rechten Verschwörungstheoretiker ist der Glaube an eine aggressive amerikanische Weltherrschaft und an die besondere Neigung der USA, militärische Mittel zum Einsatz zu bringen.

Doch findet hier eine Verwechslung statt: Der auf moralischer Überheblichkeit beruhende Glaube vieler Amerikaner, amerikanische Werte seien universal gültig oder sollten es zumindest sein, führt keineswegs automatisch zu dem Ziel „Weltherrschaft“, und eine solche ideologische Zielvorgabe ist im tatsächlichen militärischen Handeln der USA auch kaum zu erkennen.

Warum führen die Amerikaner Krieg? In erster Linie zur Durchsetzung eigener nationaler Interessen oder derjenigen verbündeter Staaten. Dazu gehörten bis zum Ende des Kalten Krieges, der bipolaren Weltordnung also, auch strategische Ressourcen. Seither hat die Globalisierung der Märkte, also ihre Öffnung über alle politischen Grenzen hinweg, die Bedeutung dieses Aspekts jedoch stark relativiert. Wichtiger ist heute, globale Energiequellen und Kommunikationswege einfach offenzuhalten. Ölkonzerne sind meist multinational organisiert, und so hat die direkte Kontrolle von Ländern, und damit ein zentraler Aspekt geostrategischer Überlegungen, erheblich an Relevanz verloren. Die Ölvorkommen Kanadas sind größer als die des Irak, die Förderregion um das Kaspische Meer boomt. Moderne Technik bietet zudem neue Möglichkeiten und Alternativen. Weder die USA noch Europa hängen daher von irakischen Öllieferungen ab. Umgekehrt gibt es für den Irak keine Alternativen: Er muß sein Öl verkaufen. Worin sollte also



Plakat USA, nach einem Motiv von Norman Rockwell, 1943

der strategische Vorteil liegen, das Land mit erheblichen Kosten zu erobern? Man erhielte so das teuerste Öl der Welt.

Vielleicht ist es an dieser Stelle sinnvoll, einige Sätze über die Verbündeten der USA und ihre Interessen einzufügen. Saudi Arabien erbat in den achtziger Jahren die Stationierung von US-Truppen im Land, weil es die eigenen Öltanker vor iranischen Angriffen schützen wollte. Dasselbe Saudi-Arabien rief nach der irakischen Invasion in Kuwait die Vereinigten Staaten dazu auf, das kleine Land gegen irakische Truppen zu verteidigen. Auch in Europa, genauer gesagt in Bosnien, erwiesen sich die Verbündeten aus eigener Kraft als handlungsunfähig, bis schließlich Großbritannien und Frankreich auf eine Beistandsgarantie der USA verwiesen und eine massive amerikanische Truppenpräsenz auf dem Balkan erbaten. In diesem Zusammenhang ist auch die Behauptung leichtfertig, die Vereinigten Staaten setzten sich gezielt mit ihren Truppen fest, um ein Koordinatensystem aus Kontrollpunkten und Einflußsphären aufzubauen. Vielmehr würden selbst aus Deutschland die US-Truppen mittlerweile abziehen, wenn die Bundesregierung sie dazu aufforderte. Dies alles steht also im krassen Gegensatz zur Behauptung eines tatsächlichen US-Imperialismus.

Ralph Peters:
Fighting for the Future,
Mechanicsburg, 1999

Zurück zum Glauben der Amerikaner an die eigene moralische Überlegenheit. Dieser Glaube ist nur schwer zu trennen von harten strategischen Überlegungen, aber in einigen Fällen wird man die Selbstlosigkeit der USA schwer bestreiten können. So war der Somaliaeinsatz 1992/93 ohne Zweifel eine humanitäre Mission zwecks Sicherung der Nahrungsvorräte für die notleidende Bevölkerung. Unter massivem öffentlichem Druck, der nicht zuletzt den Vorwurf der Untätigkeit erhob, engagierten sich die Vereinigten Staaten damals in Somalia, ohne dabei erkennbare nationale Interessen zu verfolgen. Zumindest dies mußten die Kritiker mittlerweile eingestehen. Erst eine militärisch erfolgreiche, aber politisch desaströse Operation gegen Mitglieder des Ai-Deed Clans führte zu einem überstürzten Rückzug aus Somalia. Nachdem sich die USA dann aufgrund der schlechten Erfahrungen 1994 nicht in Ruanda einmischten und dem Völkermord tatenlos zusahen, wurde der moralische Druck, 1999 im Kosovo einzugreifen, gewaltig. Der Kosovokrieg war insofern das Beispiel für einen – im Prinzip vermeidbaren – Krieg, der geführt wurde, weil moralische Überlegungen die treibende Kraft waren.

Unter den Gründen, die angeführt werden, wenn die Kriegslust der Vereinigten Staaten zur Debatte steht, steht der 11. September 2001 obenan, dies nicht zuletzt deswegen, weil die USA selbst den kompromißlosen Kampf gegen den internationalen Terrorismus ausgerufen haben und ihre jüngsten Engagements in Afghanistan und im Irak so rechtfertigen. Doch setzte sich damit keinesfalls eine schon immer latent vorhandene und einseitig antiarabische Position Washingtons durch, wie oft behauptet.

In der Vergangenheit stützten die USA etwa Abdel Nasser in Ägypten, dessen Sturz Frankreich, Großbritannien und Israel während des Suezkonflikts 1956 betrieben. 1973 retteten die USA Ägypten ein zweites Mal, indem sie Israel massiv zu einem Waffenstillstand drängten. Jassir Arafat wurde 1982 aus dem Libanon gerettet, ungeachtet der prosowjetischen Positionierung der PLO. Die USA hielten sich auch zurück, als die Ölfirmen in Libyen, Saudi-Arabien und anderen Staaten Anfang und Mitte der siebziger Jahre enteignet wurden und die Ölkrise aufbrach.

Antiarabisches oder antiislamisches Verhalten ist also kein Grundzug amerikanischer Politik. Es muß andere Argumente dafür geben, daß die USA den westlichen Schah von Persien im Stich ließen und außerdem von dessen fundamentalistischen Nachfolgern Demütigungen ertrugen. Die Mudjahedin und Taliban in Afghanistan profitierten von amerikanischer Unterstützung im Kampf gegen die Russen, Pakistan gegen den Erzfeind Indien. Somalis sind Muslime, Kosovoalbaner ebenso, und – ganz aktuell – setzen die USA Europa massiv unter Druck, um der Türkei den EU-Beitritt zu ermöglichen.

Ohne Zweifel vertritt Washington seine nationalen Interessen, aber seine Außenpolitik folgt erstaunlich selten gängigen Klischees. Handelten die USA ausschließlich realpolitisch oder gar unmoralisch, wären sie nach dem 11. September nicht gegen Saddam Hussein aufmarschiert, sondern betrieben seine Rehabilitation mit dem Ziel, ihn gegen die Fundamentalisten einzusetzen. Ein geeigneterer Kandidat wäre im Nahen Osten kaum zu finden. Doch wäre dies innenpolitisch nicht vertretbar und ist somit keine Handlungsoption.

Daran zeigt sich schon, daß es für die USA ein strukturelles Hindernis gibt, um wie eine traditionelle Imperialmacht handeln zu können: Demokratische Regierungen sind vom Meinungsbild ihrer Bürger abhängig. So schrieb General Patton zum Jahreswechsel 1944/45 besorgt in sein Kriegstagebuch, man sei noch nie so nahe am Rande der Niederlage gewesen. Er schrieb dies, obwohl ein Sieg über die

Dave Grossman:
*On Killing - The Psychological
Cost of Learning to Kill
in War and Society,*
New York 1996

Anti-amerikanische Karikatur,
Südamerika, um 1890

Stephen Ambrose:
Citizen Soldiers,
New York 1997

Lepore, Jill:
The Name of War,
Boston 1998

Deutschen schon absehbar war. Was den amerikanischen Einsatz aus der Sicht Pattons viel stärker gefährdete als die Ardennenoffensive der Wehrmacht, waren die eigenen, verhältnismäßig hohen Verluste, die eine Genehmigung des Kongresses zur Aufstellung von sechs weiteren Divisionen ungewiß machten: Wähler zu opfern, hat schwerwiegende Folgen in Gesellschaften, in denen das Individuum höheres Ansehen genießt als der Staat und zudem über die Politik, die das Opfer fordert, abstimmen kann.

Es dürfte dies einer der Gründe sein, warum die Vereinigten Staaten Krieg in erster Linie als eine logistische Aufgabe ansehen, also den Schwerpunkt weniger auf schneidige Infanteristen als auf überzeugende Feuerkraft legen. So gewinnen die Amerikaner meist

aufgrund einer gewaltigen Materialüberlegenheit und manchmal unter Verzicht auf jene Anerkennung des Gegners, wie sie im europäischen Normalkrieg üblich war. Bis zur Einführung der Berufsmarine, nach dem Vietnamkrieg, war das US-Militär von seinen Gegnern oft als vergleichsweise schlecht diszipliniert betrachtet worden. 1944 mußte das Militär im Pazifik gegen das Nachhausehicken von Körperteilen japanischer Soldaten vorgehen und an der Westfront die sich häufenden Erschießungen deutscher Gefangener unterbinden. Und pikant ist die Begründung, warum US-Generäle sich anfangs weigerten, der gezielten Bombardierung der deutschen Zivilbevölkerung zuzustimmen: Man sorgte sich weniger um den Gegner, mehr um die Auswirkungen auf die Moral der eigenen Truppe.

Dementsprechend war der Einsatz der ersten Atombomben gegen Japan das Ergebnis einer simplen Rechnung, die über moralische Skrupel siegte: Im vierten Kriegsjahr, mit Blick auf beinahe 300.000 eigene Gefallene, bot die Bombe eine Alternative zu den weiteren 250.000 US-Soldaten, deren Tod für eine Eroberung des Inselstaates veranschlagt wurde. Das ließ die Entscheidung zum Abwurf auf Hiroshima und Nagasaki relativ leicht werden.

Andererseits ist hervorzuheben, daß es den Begriff „Kollateralschaden“ nur deswegen gibt, weil auch die USA sich aufgrund gewachsener gesellschaftlicher Sensibilität darum bemühen, Zivilopfer zu vermeiden. Der qualitative Unterschied für den Beobachter wäre viel deutlicher, wenn die US-Truppen in Afghanistan so vorgingen wie die Russen dies dort taten oder in Tschetschenien heute tun. Wir wissen von Übergriffen des amerikanischen Militärs auf den Rheinwiesen 1945, an Jagst und Kocher während der Kämpfe um Heilbronn, im Pazifik oder in My Lai eben deshalb, weil die USA sich einer solchen Kritik stellen und als offene Gesellschaft fragen, weshalb beispielsweise 1 Prozent aller deutschen Kriegsgefangenen in amerikanischen Lagern starb, während nur 0,7 Prozent aller US-Soldaten in deutscher Gefangenschaft umkamen. Solche Fragen sind in den Ländern vieler Kritiker der USA nicht möglich, ebensowenig wie Proteste gegen die Herrschenden.

Die Erfolge in der Pazifizierung von Deutschen und Japaner nach Kriegsende bestärkten die Amerikaner in ihrem Glauben, daß „Demokratisierung“ eine Investition in dauerhaft friedliche Beziehungen sei. Wie Jill Lepore schreibt, ist es genau aus diesem Grund wichtig, über die militärische Dimension hinaus zu denken. Wo der Sieger den Verlierern seine Version des Geschehens aufzwingen kann, entsteht ein doppelter Sieg. Denn ein Geschehen durch die psychologische Brille des anderen zu sehen, legitimiert dessen Auftreten und Verhalten.

Im Kalten Krieg entstand aus solchen Überlegungen die Maxime, vor allem „Verstand und Herzen“ der Gegner zu gewinnen. Mit dieser Doktrin, die innerhalb der *containment*-Strategie plazierte war, wurden die Stellvertreterkriege des bipolaren Zeitalters geführt. Jedoch kam es immer wieder zu Verhaltensweisen, die der Strategie des Vertrauensgewinns diametral entgegenstanden. So war aus Sicht des Kampfs um die Herzen die Entlaubungsstrategie in Vietnam kontraproduktiv, nicht zuletzt deshalb, weil es die Motivation der verbündeten vietnamesischen Truppenteile unterlief: Robert McNamara erkannte erst dreißig Jahre



später, daß in der Lageeinschätzung der Vereinigten Staaten der Kommunismus als Feindbild für die Motivationsgrundlage der Vietnamesen überbewertet wurde. Für die Vietnamesen ging es nämlich nicht in erster Linie um die Wahl zwischen Kapitalismus und Kommunismus, sondern um nationale Fremd- oder Selbstbestimmung. Agent Orange wurde als Akt der Fremdbestimmung durch die Amerikaner wahrgenommen und deshalb auch von den Südvietnamesen abgelehnt.

Trotz dieses Einschätzungsfehlers wird oft fälschlich der Eindruck erweckt, die Streitkräfte der Vereinigten Staaten seien in Vietnam militärisch gescheitert. Dies trifft nur teilweise zu. Die Moral des Militärs war zwar erschüttert und es gab einige Zerfallserscheinungen. Das lag jedoch daran, daß sich der Verlust des politischen Willens, den Krieg siegreich zu beenden auf das Militär übertragen hatte. Ein wichtiger Grund war außerdem das jährliche Rotationssystem der Armee, das der begrenzten Einsatzzeit der Wehrpflichtigen geschuldet war: Die US-Armee befand sich militärisch nicht zehn Jahre in Vietnam, sondern eher zehn Mal ein Jahr. So schränkte die mangelnde Kontinuität die operative Handlungsfähigkeit stark ein. Entscheidend im Kampf um die Herzen und den Verstand der eigenen Bevölkerung war, daß Jahr für Jahr die Rückkehrer von der Härte des Kampfs und vom nicht zu vermittelnden Sinn des Engagements in Vietnam erzählten. Was nicht bedeutet, daß der Einsatz in Vietnam keinen Sinn hatte. Um Vietnam wurde nicht gekämpft, weil es strategisch wertvoll war, sondern es wurde strategisch wertvoll, weil dort zwischen den Stellvertretern der beiden Blöcke gekämpft wurde.

Nachdem die Tet-Offensive Anfang 1968 in die Geschichte als Sieg des Vietkong einging, obwohl sie tatsächlich sein Ende bedeutete, begriff das Militär die Macht der Medien. Nicht die Tatsachen waren entscheidend, sondern die Wahrnehmung der Vorgänge durch die Mehrheit der US-Bürger, deren politische Zustimmung für den weiteren Verlauf entscheidend war.

So rückte der „Medienplan“ auf der militärischen Prioritätenliste nach oben, und zwanzig Jahre später war das US-Militär kaum wiederzuerkennen. Perfektioniert wurde die Kunst des Medienkrieges jedoch erst später, nämlich während des Kosovo-Krieges. Der Nato-Sprecher Jamie Shea erklärte danach: „Dies war der erste Medienkrieg. Alle Journalisten waren auch Soldaten. Es gehörte zu meiner Aufgabe, sie mit Munition zu versorgen, ihnen die Lauterkeit unserer Kriegsmotive und unserer Aktionen zu zeigen.“ Der Fachterminus lautet „Perzeptionsmanagement“; dies ist ein integraler und zur moralischen Rechtfertigung unverzichtbarer Bestandteil militärischer Strategie und Planung in der Gegenwart. Allerdings weist Perzeptionsmanagement auch jene Eigenschaften auf, die bei jeder Propaganda rasch dazu führen, rasch die Grenze zur Lüge zu überschreiten.

Berühmt geworden ist die Beschuldigung, die ein fünfzehnjähriges Mädchen nach der Invasion in Kuwait gegen den Irak vorbrachte: Es berichtete vor dem US-Kongreß, daß irakische Soldaten frühgeborene Säuglinge töteten, um die Brutkästen in den Irak zu verbringen. Später stellte sich heraus, daß es sich bei dem Mädchen um die Tochter des kuwaitischen Botschafters in Washington handelte und daß dies alles von der PR-Firma Hill & Knowlton als Bühnenstück für den Kunden Kuwait arrangiert worden war. Übrigens nutzte der deutsche Verteidigungsminister 1999 zur Rechtfertigung des Kosovokrieges vor der eigenen Bevölkerung ähnliche Methoden: Greuelberichte von Betroffenen wurden als Fakten behandelt, darunter die Behauptung, das Stadion in Pristina sei als Konzentrationslager mit 100.000 Insassen genutzt worden.

Aber es gab auch Lehren des Vietnamkriegs, die die Amerikaner nicht beherzigt haben. Als Nation mit einem westlichen Demokratie- und Staatsverständnis, zeigen sie eine Schwäche, die auch als „Zivilisationskrankheit“ betrachtet werden könnte und die Henry Kissinger folgendermaßen beschreibt: „Weil die Vereinigten Staaten Macht und Gewalt traditionell als einzelne, getrennte und aufeinander folgende Phasen betrachten, führen sie ihre Kriege entweder bis zur bedingungslosen Kapitulation, was sie der Notwendigkeit enthebt, eine Beziehung zwischen Gewalt und Diplomatie herzustellen, oder sie tun so, als wäre nach dem Sieg das militärische Element nicht mehr erforderlich und Diplomaten hätten jetzt die Pflicht, in einer Art strategischem Vakuum die Sache in die Hand zu nehmen. Darum haben die Vereinigten Staaten die militärischen Operationen 1951 in Korea eingestellt, sobald die Verhandlungen begannen, und 1968 als Eintrittspreis für die Verhandlungen die Bombardierung Vietnams gestoppt. In beiden Fällen hat das Nachlassen des militärischen Drucks die Anreize verringert, welche die Verhandlungsbereitschaft des Gegners überhaupt erst herbeigeführt hatten. Dadurch kamen die Gespräche wieder ins Stocken, und es gab neue Opfer. In der Schlußphase des Golfkrieges stellte sich heraus, daß die Vereinigten Staaten aus ihrer Geschichte nicht gelernt hatten. So wurde es einem total geschlagenen Gegner möglich, sich den vollen Konsequenzen seines Debakels zu

Michael Lind:
Vietnam- The Necessary War,
New York 1999

John N. Moore (Hrsg.):
*The Vietnam Debate - A
Fresh Look at the Arguments*,
Maryland 1990

Henry Kissinger:
*Die Herausforderung
Amerikas - Weltpolitik
im 21. Jahrhundert*,
München 2002

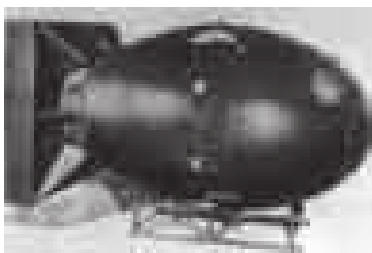
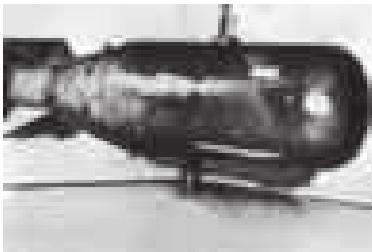
entziehen. Die Kriegsziele waren zu eng und zu legalistisch formuliert worden. Weil der Krieg wegen der Besetzung Kuwaits durch den Irak ausgelöst worden war, zogen die amerikanischen Entscheidungsträger den Schluß, daß mit der Befreiung des Scheichtums sowohl das Kriegsziel erreicht als auch das UN-Mandat erfüllt sei. Sie rechtfertigten diese Entscheidung, indem sie das Risiko weiterer Opfer bei einem Vormarsch auf Bagdad und die Wirkung weiteren Blutvergießens auf die öffentliche Meinung betonten, nachdem die Schlacht gewonnen schien. Sie erinnerten sich zwar an die zähen Verhandlungen in Korea und Vietnam, aber nicht an deren Ursachen.“ Dem hier als „legalistisch“ bezeichneten Ansatz und den damit verbundenen Verzögerungen im militärischen Handeln verdankt auch eine ganze Zahl von Talibanführern ihr Leben.

Der veränderte Anspruch an das Militär, die Transformation vom Krieger zum PR-Berater, schlägt sich auch im Ausbildungsstand der Führungskräfte nieder: Nach einer Studie des *North Carolina Centre for Creative Leadership* verfügen 19 Prozent der amerikanischen Manager, aber 88 Prozent der Brigadegeneräle der US-Streitkräfte über einen Hochschulabschluß. Noch nie zuvor hat man die Führungskräfte des Militärs so gut ausgebildet in Fragen der Wirtschaft und der Politik, während demgegenüber die Politiker noch nie so ungebildet und unfähig in militärischen Fragen waren.

Das Militär hat zu siegen, das entspricht den Erwartungen der verantwortlichen Politiker. Dieser Sieg sollte aber auf politisch korrekte Art, „sauber“ und „klinisch“, möglichst ohne Verluste erfochten werden. *Desert Storm*, der kurze, heftige Golfkrieg 1991 gegen den Irak, sollte das militärische Paradigma sein, der klare Sieg auf dem Schlachtfeld, ermöglicht durch ein Zusammenspiel von technologischer Überlegenheit und passender Aufbereitung durch die Medien. In der Tat beeindruckten die Zahlen: Eine F-117 erreicht mit einem Feindflug und einer Bombe das gleiche, wofür im Zweiten Weltkrieg 4500 Einsätze und 9000 Bomben, während des Vietnam-Kriegs noch 95 Einsätze und 190 Bomben benötigt wurden. Jedoch entsprechen Szenarien wie *Desert Storm* gegen den Irak oder *Allied Force* gegen Restjugoslawien immer weniger der Realität moderner Krisenbewältigung. Sie sind Auslaufmodelle der Kriegsführung, besonders in ethnischen Krisengebieten. So haben Generäle der NATO die Politiker darauf hingewiesen, daß mit den Luftschlägen des Unternehmens *Allied Force* nur beschränkte Erfolge erzielt werden könnten. Im Nachhinein erwies sich dann, daß nur knapp 10 bis 15 Prozent der gemeldeten Erfolge auf Fakten beruhten. 37.200 Flugeinsätze erbrachten, laut NATO-Untersuchungen im September 1999, das bescheidene Resultat von insgesamt 26 Kampfpanzern, 12 Schützenpanzern und acht Geschützbatterien. Außerdem wird die Psychologie des potentiellen Gegners nach wie vor oft unterschätzt, weil dessen Schmerzgrenze und Leidensfähigkeit in der Regel die der Angehörigen westlicher Überflußgesellschaften weit übertrifft.

Zuletzt sind auch die Auswirkungen des Distanzkriegs auf die eigene Bevölkerung und den Rest der Welt schwer kalkulierbar. Je länger die Katze braucht, um die dreiste Maus zu fangen, desto stärker verschieben sich die Sympathien der Zuschauer zur Maus hin. Rasch und präzise müssen die Militärmaßnahmen ablaufen, damit sie auch psychologisch ihre volle Wirksamkeit entfalten und man den Konflikt erfolgreich beenden kann. „Krieger“ müssen lediglich die klare militärische Niederlage vermeiden, um am Ende zu siegen. Westliche Soldaten müssen, im Gegensatz dazu, schnell und entscheidend siegen, um die Niederlage zu vermeiden.

Die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen ist eine der großen Gefahren, der die Sicherheitspolitik eines so exponierten Landes wie die USA begegnen muß. Man geht dort heute davon aus, daß nur ein Raketenschutzschild einen gewissen Schutz gewähren würde. Denn das Völkerrecht oder internationale Abkommen können die Verbreitung von ABC-Waffen nicht verhindern. Allein die 1998/99 durchgeführten Tests der „Taepo-Dong-Raketenprogramme“ im unbe-rechenbaren Nordkorea zeigen den Bedarf an Schutz vor Staaten, die vielleicht nicht nur durch Verträge vom Einsatz solcher Wirkmittel abgehalten werden können. Der politische Wille, solchen Bedrohungen zu begegnen und in den Schutz zu investieren, existiert zur Zeit fast ausschließlich in den USA, die das *Star Wars*-Programm im Rahmen der *National Missile Defense*-Strategie fortsetzen. Es ist naiv zu glauben, daß Europa keinen Bedarf an ähnlichen Entwicklungen habe, weil es nicht den gleichen Bedrohungen ausgesetzt sei. Tatsache ist, daß Europa und die USA in den Regionen, die neue militärische Bedrohungen aufbauen, als eng miteinander verknüpfte (Un-)Wertegemeinschaft angesehen werden. Die Frage, die sich letztendlich stellt, ist die, ob es nicht besser wäre, ein Raketenschutzschild zu haben und es nicht zu benötigen, als im Ernstfall eines zu benötigen und es nicht zu haben. So ein Schutzschild kann gegen Anschläge von der Qualität des 11. September nicht schützen; es entmutigt aber Staaten, in damit obsolet



oben: Little Boy – die Atombombe, die Hiroshima vernichtete

unten: Fat Man – die über Nagasaki abgeworfenen Atombombe

Martin van Creveld:
Die Zukunft des Krieges,
München 1998

Robert D. Kaplan:
The Coming Anarchy,
New York 2000
Ders.: *Warrior Politics – Why
Leadership Demands a Pagan
Ethos*, New York 2002

George Friedman:
*The Future of War – Power,
Technology and American
World Dominance in
the 21st Century*.
New York 1996

gewordene Atomwaffenprogramme zu investieren. Und es reduziert die Wahrscheinlichkeit eines Wettübens und erhöht sie nicht, wie oft behauptet wird.

Im Gegensatz zu den Europäern haben die USA eine realistische Vorstellung von dem, was das 21. Jahrhundert mit sich bringen wird. Das liegt vor allem an der Offenheit der Diskussion. Der schwindende Einfluß des Westens, die Emanzipation der Peripherie und die Tendenz, daß Konflikte von dieser Peripherie in den Entwicklungskern fließen, sind Gegebenheiten, die in Europas Sicherheitspolitik unzureichend berücksichtigt werden. Während man in Deutschland langsam zu der Einsicht gelangt, daß die große, vaterländische Panzerschlacht in der norddeutschen Tiefebene endgültig abgesagt wurde, befassen sich US-Experten schon seit Mogadischu intensiv mit dem asymmetrischen Krieg. Angehörige der *Special Forces* führten allein im Jahre 1996 über 2300 Kommandounternehmen in 167 Ländern durch, wobei durchschnittlich nicht mehr als 20 Soldaten zum Einsatz kamen. Der nichterklärte Krieg ist längst Wirklichkeit geworden.

Die USA reagieren mit der notwendigen Weitsicht auf solche Entwic ündigt, mit denen die eigenen Streitkräfte uneinholbar aufgerüstet werden sollen. Die sogenannte *Revolution In Military Affairs* (RMA) befindet sich in vollem Gange. Hinter den Begriffen *Network Centric Warfare* (NCW) und RMA verbirgt sich inhaltlich das gleiche: gemeint ist die beschleunigte, exponentielle Entwicklung der Militärtechnologie.

Die Amerikaner haben verstanden, daß in einer globalen Welt eine starre Militärdoktrin mit den klassischen Komponenten der Landesverteidigung einem Rückfall in jene Denkgewohnheiten gleichkäme, die die Maginotlinie hervorbrachten. Sie wissen, daß die Überlegenheit auf dem Schlachtfeld zukünftig durch die Kombination von Informationsdominanz und Geschwindigkeit erkämpft wird. Waren 7 Prozent der eingesetzten Mittel bei *Desert Storm* sogenannte intelligente Munition, so sind heute in den Waffenarsenalen der USA rund 80 Prozent von dieser Qualität.

Das Budget der US-Streitkräfte wird in den nächsten fünf Jahren in bestimmten Bereichen geradezu explodieren. Die Schwerpunktbildung folgt den Analysen, wonach die Informationstechnologie, der Raketenschutzschild und die präventive Kriegsführung im Rahmen von Spezialeinsätzen ohne Kriegserklärung die Sicherheit garantieren sollen. So sind für Auslandsbasen und Auslandsprogramme 47 Prozent beziehungsweise 157 Prozent an Mehrausgaben vorgesehen. Um 145 Prozent wird das Budget für die Entwicklung der weltraumunterstützten Kriegsführung aufgestockt, das für die Anschaffung von Informationstechnologie um 125 Prozent.

Auf die Vorgabe, den eigenen Blutzoll möglichst gering zu halten, reagieren die USA mit umfassenden Maßnahmen der Robotisierung. Sie setzen damit auch konsequent Analysen um, die vom Schlachtfeld der Zukunft als einem urbanen, unübersichtlichen und für Distanzmittel nicht immer erreichbaren ausgehen. Selbst dem demographischen Problem der Geburtenchwäche tragen die Vereinigten Staaten damit Rechnung. So soll bis 2017 ein Drittel aller Kampffahrzeuge der US-Armee unbemannt sein. Die US-Luftwaffe plant, bis 2012 ein Drittel ihrer Langstreckenbomber ohne Personal fliegen zu lassen. Und die US-Marine reduziert ihr Personal bis 2015 um ein Drittel, erhöht dabei aber gleichzeitig Effektivität und Effizienz der Wirkmittel durch neue Schiffstypen.

Trotz aller Vorbereitung auf die Bedrohungen der Zukunft und eines wirklich erkennbaren Willens, gerüstet zu sein, lassen sich Schwachstellen in der Politik der USA und in ihrer inneren Entwicklung ausmachen. Ein erhebliches Problem ist der utopische Glauben an ein universales Wertesystem, demzufolge in jedem Menschen ein Amerikaner stecke, der „raus“ möchte. Diese Überheblichkeit wird von nicht wenigen Kritikern als der eigentliche Grund für einen rabiaten Antiamerikanismus angesehen. Die zweite Schwachstelle ist die Fehleinschätzung, daß multiethnische Staaten wie Bosnien oder Afghanistan durch Sozialingenieure und den Vorgang eines künstlichen *nation building* zusammengehalten werden könnten, wobei der Zauberstab „Demokratisierung“ heißt. Drittens – mit Blickwendung ins Land selbst – bedroht die ethnische Veränderung der US-Bevölkerung die innere Konsensfähigkeit, weil neue Zuwanderungswellen im Gegensatz zu ihren europäischen Vorgängern den Wertekonsens kündigen und sogenannte ethnische Brückenköpfe bilden könnten. Diese drei Faktoren führen zu einer nachhaltigen Erosion der kollektiven Energie und stellen die USA schon innerhalb der nächsten Jahrzehnte vor existentielle Schwierigkeiten, deren Umfang heute noch nicht abzusehen ist.



Mit dem Ballon über den deutschen Stellungen abgeworfenes amerikanisches Flugblatt, 1917

Alvin Toffler:
War and Anti-War,
New York 1993

Wesley Clark:
Waging Modern War,
New York 2001
William Owens:
Lifting the Fog of War,
New York 2000

David Callahan:
Unwinnable Wars,
New York 1997